



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

BBE Europa-Nachrichten - Newsletter für Engagement und Partizipation Nr. 6 vom 23.6.2016

Inhalt

SCHWERPUNKT: EUROPÄISCHE BÜRGERSCHAFT

- Busek: »A Soul for Europe«
- Guérot: Europas »Bewegungslandschaft«
- Wingert: Aktive Bürgerschaft im EU-Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger«
- Lironi: Heute und Morgen der Europäischen Bürgerinitiative
- Plottka: Mehr partizipative Demokratie wagen
- Günther: Vision einer Europäischen Bürgerschaft

EUROPÄISCHE ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG AKTUELL

- Jo Cox: Trauer in der Internationalen Zivilgesellschaft
- Radikalisierung Jugendlicher: Stellungnahme des Rates
- Beschwerdemechanismus Menschenrechte und EZ
- Erasmus+ im Deutschen Bundestag
- CETA und Massenverfassungsbeschwerde

INTERNATIONALE BETEILIGUNGSVERFAHREN

- Agenda für nachhaltige Entwicklung: Konsultation
- WAVE-Kampagne zu Gewalt gegen Frauen

AKTUELLES AUS DEM BBE UND VON EUROPÄISCHEN PARTNERN

- Promoting Inclusion Preventing Extremism (PIPE): Konferenz
- BBE zur Rolle der Zivilgesellschaft in der EU und in Russland: Workshop
- BBE und Partner bei den Civil Society Days in Brüssel 2016
- »Europas Grenzen«: Bürgerdialog in Hamburg
- Europa-Lilie und Europa-Distel: Abstimmung bis 1. Juli 2016

FACHDISKURS

- LGBTI- und Menschenrechtssituation: Veranstaltung
- EU-Förderung für Engagement und Partizipation: Vortrag
- »Paaraby«: Deutsch-arabisches Gesellschaftsspiel
- Aktuelle Protestbewegungen in Polen: Publikation
- Brandsen/ Cattacin/ Evers/ Zimmer (ed.): Social Innovations in the Urban Context (Publikation)
- Hinweis

SCHWERPUNKT: EUROPÄISCHE BÜRGERSCHAFT

Busek: »A Soul for Europe«

Die Auseinandersetzung um die Kultur und Zukunft Europas ist das Thema des Gastbeitrages von Dr. Erhard Busek, Jean Monnet Professor ad personam, seit 1995 Vorsitzender des Institut für den Donaauraum und Mitteleuropa (IDM) sowie Vizekanzler der Republik Österreich a. D. und Bundesminister für Wissenschaft und Unterricht a. D.. In der kulturellen Dimension zeigt sich die Eigenschaft Europas als Laboratorium des 21. Jahrhunderts, das neben seinem Modernitätsmodell eine Vielzahl an querlaufenden Teil- und Parallelkulturen besitzt: »»Multikulturalismus« im weitesten Sinne ist also eine Querschnittmaterie, das Eigene und das Fremde haben keine speziell reservierten Orte oder Reservate mehr.« Von hier aus stellt sich die Frage, ob Europa eine eigene Kraft bleiben kann oder zum Anhängsel anderer Akteure wird.

[Gastbeitrag von Dr. Erhard Busek](#) (PDF, 390 kB)

[nach oben](#)

Guérot: Europas »Bewegungslandschaft«

Die Frage, was europäische Zivilgesellschaft ist, ist das Thema des Gastbeitrages von Prof. Dr. Ulrike Guérot, Universitätsprofessorin für Europapolitik und Demokratieforschung an die Donau-Universität Krems und Direktorin des European Democracy Lab an der European School of Governance in Berlin. Sie geht der Vielschichtigkeit des Zivilgesellschaftsbegriffs in aktuellen Diskursen nach und hinterfragt Erwartungen an die europäische Zivilgesellschaft, die ihren eigentlichen Ursprung in der systemischen Abschottung und Lösungsunfähigkeit europäischer Institutionen haben: »Denn wir wollen nicht als Zivilgesellschaft an der Oberfläche eines EU-Systems kratzen, das sich davon nicht beeinflussen lässt. Wir wollen letztlich auch nicht mit Megaphonen bei Straßendemonstrationen um Mehrheiten buhlen, bei Demonstrationen mit Pegida konkurrieren und permanent Gegendemonstrationen organisieren. Und wir wollen komplexe Themen nicht in Plebisziten strittig stellen. Schon gar nicht in Europa!« Der Beitrag erschien im Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Heft 1/2016, S. 82-93, im Themenschwerpunkt »Aufbruch am Abgrund? Europas Bewegungslandschaft in der Eurozonen-Krise«.

[Gastbeitrag von Prof. Dr. Ulrike Guérot](#) (PDF, 460 kB)

[nach oben](#)

Wingert: Aktive Bürgerschaft im EU-Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger«

Vor dem Hintergrund zunehmender offener rechtsextremer Gewalt einerseits und islamistischer Terroranschläge andererseits gewinnt der Begriff der »aktiven Bürgerschaft« auf europäischer Ebene wieder an Bedeutung. In ihrem Beitrag geht Christine Wingert der Frage nach, wie EU-Initiativen und Förderprogramme das Konzept der aktiven Bürgerschaft aufgegriffen und ausgedeutet haben. Am Beispiel des EU-Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger« wird deutlich, dass es gute Ansätze zur Förderung einer aktiven Bürgerschaft gibt, für die seitens der EU-Politik noch geeignete Wege für eine echte Partizipation geschaffen werden müssen.

[Gastbeitrag von Christine Wingert](#) (PDF, 443 kB)

[nach oben](#)

Lironi: Heute und Morgen der Europäischen Bürgerinitiative

Die Situation und Zukunft der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) ist das Thema des Gastbeitrages von Elisa Lironi, Digital Democracy and Campaigning Coordinator beim European Citizen Action Service (ECAS). Ihre Bestandsaufnahme zeigt die Reformbedürftigkeit des Instruments, die auch weitgehend geteilt wird. Im Einzelnen skizziert sie die entsprechenden Aktivitäten des Europäischen Parlaments, unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Organisationen und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses. Allein die Kommission will keine Reform der EBI: »It does not seem to realise how the ECI could be an opportunity to create grassroots support for the European project by giving EU citizens a voice on the issues that matter to them.«

[Gastbeitrag von Elisa Lironi](#) (PDF, 414 kB)

[nach oben](#)

Plottka: Mehr partizipative Demokratie wagen

Mehr partizipative Demokratie zu wagen als Mittel, um das europäische Integrationsprojekt zu stärken, ist das Thema des Gastbeitrages von Dipl.-Pol. Julian Plottka, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Europäische Politik sowie Programmmanager des internationalen Graduiertenkollegs »The EU, Central Asia and the Caucasus in the International System«. Dabei thematisiert er, dass nationale Referenden gegen die EU viele EU-BefürworterInnen dazu verleiten, gegen Referenden auf europäischer Ebene zu sein. Anhand der Europäischen Bürgerinitiative zeigt er, dass Europa eigentlich innovative direktdemokratische Formen jenseits nationalstaatlicher Praktiken entwickeln kann. Zugleich zeigt er aber auch, an welchen Stellen die Nutzerfreundlichkeit so zu wünschen übrig lässt,

dass das praktische Ergebnis mager ausfällt.

[Gastbeitrag von Julian Plottka](#) (PDF, 396 kB)

[nach oben](#)

Günther: Vision einer Europäischen Bürgerschaft

Die unmögliche Vision einer Europäischen Bürgerschaft und wie diese doch aussehen könnte - das sind die Themen des Gastbeitrages von Johanna C. Günther, Mitarbeiterin im European Network of National Human Rights Institutions (ENNHRI) und Doktorandin an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Ausgehend von der Außenwahrnehmung der Europäischen Union in ihren zehn Strategischen Partnerländern zeigt sie die Wertedefizite der EU auf, ohne die aber eine Europäische Bürgerschaft nicht existieren kann: »Die EU ist für unseren Alltag ebenso maßgebend wie schwer vermittelbar. Doch das, wofür sie stehen will, stehen sollte, ist nach wie vor ein visionäres Projekt.« Die AkteurInnen und Maßnahmen, die dieses Projekt voranbringen können, kommen sowohl aus der europäischen Bürgerschaft als auch aus der Programmwelt der Europäischen Institutionen, wie etwa ERASMUS.

[Gastbeitrag von Johanna C. Günther](#) (PDF, 405 kB)

[nach oben](#)

EUROPÄISCHE ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG AKTUELL

Jo Cox: Trauer in der Internationalen Zivilgesellschaft

Die Ermordung der britischen Abgeordneten Jo Cox wurde in internationalen zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen nicht nur mit großer, sondern häufig auch sehr persönlicher Bestürzung und Entsetzen aufgenommen. Die Ermordete kam aus der Mitte einer grenzübergreifend tätigen Zivilgesellschaft, die die Welt etwas besser und für viele zumindest auch erträglicher machen will. Für OXFAM arbeitete sie von 2001-2009 erst in Brüssel und Großbritannien, dann in New York. In einer Stellungnahme von OXFAM zu ihrem Tod sagt ihr früherer Kollege Max Lawson: »She was as a ball of energy, always smiling, full of new ideas, of idealism, of passion.« Bevor sie im Mai 2015 Abgeordnete wurde, arbeitete sie beim Freedom Fund, die als internationale private Stiftung gegen moderne Sklaverei kämpft. Nick Grono, CEO des Freedom Fund, schreibt: »Jo was a powerful and caring leader, a human rights advocate, and a beloved friend to many. Our hearts and prayers are with her family. Our world has lost a truly wonderful person.« Und ihr Mann Brendan Cox, den sie bei OXFAM kennengelernt hatte, erklärte: »She would have wanted two

things above all else to happen now, one that our precious children are bathed in love and two, that we all unite to fight against the hatred that killed her. Hate doesn't have a creed, race or religion, it is poisonous.«

[The Freedom Fund: »The Death of Jo Cox; a message from our CEO«](#)

[EurActiv.com: »Brussels NGOs united in mourning for former colleague Jo Cox«](#)

[Oxfam statement on the death of Jo Cox](#)

[nach oben](#)

Radikalisierung Jugendlicher: Stellungnahme des Rates

Der Rat der Europäischen Union hat am 30. Mai 2016 »Schlussfolgerungen des Rates zur Rolle des Jugendsektors bei einem integrierten und bereichsübergreifenden Ansatz zur Prävention und Bekämpfung der in Gewaltbereitschaft mündenden Radikalisierung junger Menschen« verabschiedet. In dem Text wird dargestellt, dass Jugendarbeit, ehrenamtliche und kulturelle Tätigkeiten und Sport einen wertvollen Beitrag leisten können, um das Risiko einer Radikalisierung junger Menschen zu verringern. Der Rat stellt entsprechend fest: »Durch die ständigen Veränderungen und gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen erhalten gemeinsame demokratische Werte, die soziale Inklusion junger Menschen und bürgerschaftliches Engagement eine noch größere Bedeutung.«

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates](#) (PDF, 275 kB)

[nach oben](#)

Beschwerdemechanismus Menschenrechte und EZ

Am 1. Juni 2016 war der menschenrechtliche Beschwerdemechanismus in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ein Thema im Menschenrechtsausschuss. Durch den Beschwerdemechanismus sollen sich Menschen in Partnerländern direkt an Deutschland als Geberland wenden, wenn sie sich von Auswirkungen deutscher Entwicklungszusammenarbeit negativ betroffen sehen. Auf Nachfragen des Ausschusses erklärten Vertreter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), dass dieser Mechanismus 2014 tatsächlich auch etabliert worden sei und derzeit die Auswertung der ersten Erfahrungen laufe. Allerdings hätte es nur drei Beschwerden gegeben, die sich allesamt als unbegründet erwiesen hätten. Derzeit werde überlegt, wie das Verfahren ausgebaut, transparenter gestaltet und der Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit gesteigert werden könne.

[Weitere Informationen zum Beschwerdemechanismus](#)

Erasmus+ im Deutschen Bundestag

Im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages war das Programm Erasmus+ Gegenstand der Debatte. Hintergrund war ein Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments vom 12. April 2016 mit dem Titel »Erasmus+ und andere Instrumente zur Förderung der Mobilität in der beruflichen Aus- und Weiterbildung - ein Konzept für lebenslanges Lernen«. Das Programm ist mit einem Budget in Höhe von rund 14,8 Milliarden Euro ausgestattet und mehr als vier Millionen Menschen in Europa sollen bis 2020 daran teilnehmen. Fraktionsübergreifend lobten die VertreterInnen aller Fraktionen das europäische Bildungsprogramm Erasmus+. Von Seiten der CDU/CSU-Fraktion wie auch der Fraktion Die Linke und der Grünen wurde kritisch angemerkt, dass die Quote der Auszubildenden, die an dem Programm teilnehmen, nach wie vor im einstelligen Prozentbereich liegt. Von Seiten der SPD-Fraktion wurde eine Vereinfachung der Verfahren angemahnt.

[Weitere Informationen zur Debatte](#)

CETA und Massenverfassungsbeschwerde

Ein Bündnis der Organisationen Campact, foodwatch und Mehr Demokratie möchte, unterstützt von Greenpeace, mit einer Massenverfassungsbeschwerde gegen CETA und dessen vorläufige Anwendung beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe klagen. Nicht zuletzt durch die mit CETA etablierten Expertenkommissionen und deren weitreichende Mandate sehen sie die demokratischen Mitwirkungsrechte der BürgerInnen durch das Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada dauerhaft beschädigt. Die Klage soll dann eingereicht werden, wenn der deutsche Vertreter im Europäischen Rat CETA voraussichtlich im Oktober 2016 unterzeichnet. Politisch unklar ist, ob die nationalen Parlamente beteiligt werden müssen oder nicht. Aktuell sammeln die Organisationen Klagevollmachten.

[Weitere Informationen zur Verfassungsbeschwerde](#)

INTERNATIONALE BETEILIGUNGSVERFAHREN

Agenda für nachhaltige Entwicklung: Konsultation

Zur UNO-Agenda für nachhaltige Entwicklung findet bei der Europäischen Kommission eine öffentliche Konsultation statt. Dabei geht es um eine Überarbeitung des Europäischen Konsenses für Entwicklung. Die Konsultation läuft bis zum 21. August 2016. Über einen Fragebogen mit in der Regel offenen Fragen ohne Antwortvorgaben werden Gesichtspunkte und Perspektiven erbeten, wie die Europäische Union ihre Politiken an die Beschlusslage der UNO anpassen sollte. Die Konsultation erhält so ihre Bedeutung der (kostenlosen) Beratung zurück.

[Öffentliche Konsultation](#)

[nach oben](#)

WAVE-Kampagne zu Gewalt gegen Frauen

Am 25. Mai 2016 begann die über zwei Jahre laufende europaweite Kampagne »Step Up!«, koordiniert vom europäischen Netzwerk gegen Gewalt an Frauen WAVE (Women Against Violence Europe) mit Sitz in Wien. WAVE setzt sich für die Rechte von gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern sowie für ihren Zugang zu Unterstützung und Schutz ein. An der Kampagne beteiligen sich Fraueneinrichtungen aus mehr als 20 europäischen Ländern. Gewalt an Frauen und Kindern ist nach wie vor die häufigste Menschenrechtsverletzung. In Europa erlebt eine von drei Frauen physische oder sexuelle Gewalt. Gefordert werden mehr bzw. überhaupt spezialisierte Unterstützungseinrichtungen für die Betroffenen, Frauenhausplätze und Beratungsstellen in Europa für Frauen, die vergewaltigt wurden oder einen sexuellen Übergriff erleben mussten. Die Kampagne will nicht zuletzt das »Victim-Blaming«, d.h. das gesellschaftliche Herunterspielen von Gewalt gegen Frauen bekämpfen, das als eine zentrale Ursache für die grassierende Unterfinanzierung von Hilfsstrukturen gesehen wird.

[Weitere Informationen über die Kampagne »Step Up!«](#) (PDF, 385 kB)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS DEM BBE UND VON EUROPÄISCHEN PARTNERN

Promoting Inclusion Preventing Extremism (PIPE): Konferenz

Welche Rolle spielen und welchen Einfluss haben Freiwillige und Freiwilligenprojekte

bei der Förderung von Inklusion und bei der Prävention von Extremismus? Diese Frage sowie Best Practice-Beispiele und verschiedene Projektmodelle aus ganz Europa stehen im Fokus einer Konferenz am 13. Oktober 2016 in Brüssel, organisiert vom Europäischen Freiwilligenzentrum (CEV). Dabei wirken nicht nur europäische Akteure mit, sondern auch Projekte aus Südafrika, Kolumbien und Algerien. Um die relevanten Freiwilligenprojekte und Initiativen identifizieren zu können, hat das CEV eine Umfrage gestartet. Sowohl die Konferenz als auch die im Anschluss der Konferenz erstellte Publikation werden die Herausforderungen und die wichtigsten Merkmale und Eigenschaften der Projekte hervorheben. Zudem werden die Elemente und Faktoren identifiziert, die für den Erfolg entscheidend sind. Anmeldung zur Teilnahme ist bis Mitte September 2016 möglich.

[Weitere Informationen zur Konferenz](#)

[Umfrage für die Identifizierung der Freiwilligenprojekte zum Thema »Promoting Inclusion Preventing Extremism« \(PIPE\)](#)

[nach oben](#)

BBE zur Rolle der Zivilgesellschaft in der EU und in Russland: Workshop

Welche Voraussetzungen benötigt eine Zivilgesellschaft, um zu funktionieren? Welchen Beitrag leisten Jugendliche zur nachhaltigen Stärkung der Zivilgesellschaft in Russland? Diese und viele weitere Fragen standen im Fokus des Workshops am 6. Juni 2016, veranstaltet von Einstieg e.V. in Greifswald. In seinem Eröffnungsvortrag referierte Mirko Schwärzel, Leiter des Arbeitsbereichs Europa im BBE, über die Strukturmerkmale, das Selbstverständnis und Entwicklungspotenziale der Zivilgesellschaft in Deutschland und Russland. Anhand konkreter Beispiele informierte Barbara Bernsmeier, EU-Russia Civil Society Forum (CSF), über ihre Erfahrung zur Zusammenarbeit und über die Besonderheiten der russischen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Judith Kiss, DRA e.V., gab einen Überblick über Projekte, in deren Mittelpunkt das zivilgesellschaftliche Engagement in den Bereichen Umwelt/ Klima und Stadtentwicklung stehen. Nach einem Impulsvortrag von Valeria Dobralskaya zum Engagement von Jugendlichen in Russland diskutierten die Teilnehmenden über Wege zur Stärkung demokratischer Kompetenzen und über die Förderung der Teilhabe Jugendlicher in Russland. Die Tagung fand im Rahmen der Russischen Kulturtage in Greifswald statt, die vom 30. Mai bis 8. Juni 2016 Russland und seine Gegensätze von Zentrum und Peripherie in verschiedenen Veranstaltungsformaten (Film, Literatur, Theater, Ausstellung, Workshop) darstellten.

[Rückblick auf den Workshop von PD Dr. Wolfram Pfeiffer](#) (PDF, 369 kB)

[nach oben](#)

BBE und Partner bei den Civil Society Days in Brüssel 2016

Balance zwischen Sicherheit und Freiheit, Integration und Inklusion sowie Antworten auf Flucht- und Migrationsursachen waren die Schwerpunkte der diesjährigen Civil Society Days »Living together in our Europe« am 31. Mai und 1. Juni 2016 in Brüssel. Eingeladen hatten der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und seine Liaison Group zusammen mit Civil Society Europe (CSE). Etwa 200 Teilnehmende diskutierten in sechs Workshops über die Themen »Jugend und Bildung«, »Flucht und Migrationsursachen«, »Meinungsfreiheit«, »Herausforderungen und Perspektiven der Freizügigkeit in der EU«. Auch Fragen nach Diversität, sozialer Exklusion und der Entstehung von »parallel societies« standen im Fokus der Debatte. Im Rahmen des Workshops »Social Integration and CSOs«, organisiert vom Europäischen Freiwilligenzentrum (CEV), diskutierten die Teilnehmenden über die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Förderung der sozialen Integration. Die Ergebnisse der Workshops sowie alle Hintergrundinformationen, Impulsbeiträge und Workshopdokumentationen sind auf der Internetseite des EWSA veröffentlicht. »Die Civil Society Days sind eine wichtige Gelegenheit für die europäische Zivilgesellschaft, ihren Themen und Anliegen Gehör zu verschaffen. Es braucht mehr solcher Formate – nicht nur beim EWSA, um verstärkt auch Abgeordnete des Europaparlaments und Vertreter der Europäischen Kommission einzubeziehen,« so Dr. Frank Heuberger, BBE-Beauftragter für Europäische Angelegenheiten, der das Netzwerk bei den Civil Society Days vertrat.

[Weitere Informationen und Workshopergebnisse](#)

[nach oben](#)

»Europas Grenzen«: Bürgerdialog in Hamburg

Nach den erfolgreichen Veranstaltungen in Erfurt und Augsburg diskutierten am 26. Mai 2016 im Hamburger Rathaus mehr als hundert BürgerInnen mit PolitikerInnen und ExpertInnen über Europas Grenzen, die Zukunft des Schengen-Raums, die Reisefreiheit, die europäische Grundfreiheit der Mobilität, aber auch darüber, wie die Migrationskrise europäisch bewältigt werden kann. Nach der einführenden Podiumsdiskussion mit Manuel Sarrazin, MdB, Wolfgang Schmidt, Staatsrat der Senatskanzlei, Bevollmächtigter beim Bund, bei der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten sowie mit Dr. Ole Schröder, MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, wurde der Dialog in den Themenräumen vertieft. Themen waren »Schengen im Zielkonflikt: Binnenmarkt und Reisefreiheit versus sichere Grenzen«, »Integration oder Desintegration: Europa als Wirtschafts- und Sozialraum« und »Organisierte Kriminalität und Terror im globalen Dorf - was kann Europa tun?« Die Europa-Union Deutschland führte den Bürgerdialog in Hamburg gemeinsam mit der Europa-Union Hamburg, den Jungen Europäischen Föderalisten Hamburg, der Senatskanzlei Hamburg und dem Europe Direct Info-Point Europa Hamburg. Der Dialog ist Teil einer deutschlandweiten Reihe, die von mehreren PartnerInnen, u. a. dem BBE, unterstützt wird. Der nächste Bürgerdialog findet am 1. September 2016 in Wuppertal statt.

[Bericht zum Bürgerdialog am 26. Mai in Hamburg](#)

[Onlinediskussion](#)

[Anmeldung und Programm zum Bürgerdialog in Wuppertal](#)

[nach oben](#)

Europa-Lilie und Europa-Distel: Abstimmung bis 1. Juli 2016

Weiterhin steht bis zum 1. Juli 2016 bei der Europa-Union Deutschland (EUD) das Online-Voting für die Vergabe der Europa-Lilien für bürgerschaftliches Engagement an. Nominiert sind: Die »Allianz für Weltoffenheit« für ihr Eintreten für ein Europa, das die Menschenwürde schützt und Perspektiven für ein friedliches Zusammenleben schafft; »Die Engagierten Europäer« als Plattform für ein starkes und in Vielfalt geeintes Europa sowie »WeMove.EU« als dynamisches Start-up für seine Idee der grenzüberschreitenden Mobilisierung von BürgerInnen mit dem Ziel eines Europas, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

[Online-Voting](#)

[nach oben](#)

FACHDISKURS

LGBTI- und Menschenrechtssituation: Veranstaltung

Am 28. Juni 2016 findet in Frankfurt am Main eine Veranstaltung zur aktuellen besorgniserregenden Menschenrechtssituation in zahlreichen Staaten der Welt statt. Dies betrifft nicht zuletzt die fortwährende Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen und Intersexuellen in vielen Ländern. Bei der Veranstaltung geht es auch darum, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie und wo es möglich ist, sich im Sinne der Durchsetzung von Menschenrechten zu engagieren. Veranstalter sind die Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit, die Liberale Hochschulgruppe Frankfurt (LHG), die Liberalen Schwulen und Lesben (LiSL) Deutschland e.V. und die Karl-Hermann-Flach Stiftung.

[Weitere Informationen zur Veranstaltung](#)

[nach oben](#)

EU-Förderung für Engagement und Partizipation: Vortrag

Am 2. August 2016 können Interessierte in Bonn EU-Förderprogramme mit zivilgesellschaftlichem Horizont kennenlernen. Aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen sind Gegenstand sowohl des Forschungsrahmenprogramms der EU »Horizont 2020« als auch des Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger«. Angesprochen sind mit beiden Programmen, die von Franziska Scherer, Nationale Kontaktstelle Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften, und Stefanie Ismaili-Rohleder, Kontaktstelle Deutschland »Europa für Bürgerinnen und Bürger« vorgestellt werden, zivilgesellschaftliche Organisationen, Kommunen sowie Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Im Anschluss an die Vorträge findet ein Ausklang mit Möglichkeit zum Austausch statt. Der Teilnahmebeitrag (inkl. Material und Getränke) beträgt 15 Euro. Die Anmeldung ist bis zum 21. Juli 2016 möglich.

[Weitere Informationen zum Vortrag](#)

[nach oben](#)

»Paaraby«: Deutsch-arabisches Gesellschaftsspiel

Was wäre, wenn Integration spielend gelingen würde? »Paaraby«, ein deutsch-arabisches Gesellschaftsspiel in Memory-Form, hilft, die deutsche Sprache spielend zu erlernen. Das Spiel gibt Flüchtlingen Wissen an die Hand, um in der neuen Heimat Deutschland leichter Fuß zu fassen. Die deutsch-arabischsprachigen Memorykarten funktionieren als Brückenbauer und ersetzen den erhobenen Zeigefinger. Geflüchtete lernen mit dem Spiel zum Beispiel, dass es Medikamente in Deutschland nur auf Rezept gibt, dass Kinder in die Schule gehen müssen und dass die Suche nach einem Job stets in der Arbeitsagentur beginnt. Das Spiel entstand während des Praktikums eines Syrers in der Agentur Lachs von Achtern GmbH & Co. KG. Verbände, Vereine und Unternehmen soll es bei Ihrer Integrationsarbeit unterstützen. Bei »Paaraby« handelt es sich um ein Non-Profit-Projekt, weshalb lediglich die Druckkosten von den Interessierten getragen werden müssen - als Bonus kann das Spiel mit dem Logo der jeweiligen Organisation versehen werden. Interessierte können sich direkt bei der Agentur melden.

Kontakt Agentur Lachs von Achtern GmbH & Co. KG unter
E-Mail: ahoi@lachsvonachtern.de

[nach oben](#)

Aktuelle Protestbewegungen in Polen: Publikation

Ganz frisch ist am 21. Juni 2016 eine Studie des Polen Instituts zur polnischen Protestbewegung online erschienen: »Eine Protestbewegung in Polen« (Polen-Analysen 184). Die Polen-Analysen werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen

Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP). Mateusz Fałkowski, Warschau, analysiert darin die Antiregierungsproteste in Polen.

[Polen-Analysen 184](#)

[nach oben](#)

Brandsen/ Cattacin/ Evers/ Zimmer (ed.): Social Innovations in the Urban Context (Publikation)

Was ist die Natur der sozialen Innovationen? Welche Muster der sozialen Innovationen lassen sich auf lokaler Ebene identifizieren? In welchem Zusammenhang stehen Entstehung und Ausbreitung von sozialen Innovationen mit dem »urban governance«? Welche Bedingungen und Modalitäten fördern und hindern soziale Innovationen? Diese und andere Fragestellungen liegen dem Band zugrunde, der von Taco Brandsen, Sandro Cattacin, Adalbert Evers und Annette Zimmer (2016, Springer Verlag) herausgegeben wurde. Dabei wird der Fokus auf solche Innovationen gelegt, die Problemlösungen für junge Arbeitslose, alleinerziehende Eltern und MigrantInnen bringen sollen. Der Band basiert auf einer Analyse, die von 2010-2013 im Rahmen eines europäischen Projekts in 20 Städten in 10 verschiedenen europäischen Ländern durchgeführt wurde.

[Publikation bestellen oder herunterladen](#)

[nach oben](#)

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 21. Juli 2016.

Redaktionsschluss ist der 15. Juli 2016.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an
E-Mail: europa-bbe@b-b-e.de

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die PDF-Dokumente der Gastbeiträge im Schwerpunkt des Newsletters werden möglichst barrierearm gestaltet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von

Nachrichten im Europa-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Rainer Sprengel, Mirko Schwärzel und Nino Kavelashvili.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

V.i.S.d.P.: Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

[nach oben](#)

Hinweis

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

